

SVP macht auf Klimaschutz

Verwaltungen und Gefängnisse sollen weniger heizen und so Energie sparen

Von Romina Lenzlinger

ZÜRICH. Jetzt setzt auch die SVP auf Klimaschutz – und zwar dort, wo es ihre Feindbilder trifft: In der Verwaltung und den Strafanstalten. «Um Energiekosten zu sparen, sollte die Raumtemperatur in den Verwaltungen auf 18 Grad und in den Gefängnissen auf 16 Grad gesenkt werden», sagt der Zürcher Kantonsrat René Isler. Ausgeschlossen würden Spitäler, Alters- und Pflegeheime. Isler reicht einen entsprechenden Antrag im Kantonsrat ein.

6 Prozent Energie sparen

Für Andrea Zinsli, Vizepräsident, Schweizerische Konferenz der Institutionen des Justizvollzuges (SKIJ), ist die Forderung ein Affront: Sollten Gefängnisse auf 16 Grad geheizt werden, wären diese nicht mehr führbar. «Die Insassen würden ständig den Alarmknopf drücken und über Unwohlsein klagen», fürchtet Zinsli.

Von einem Leistungsabfall spricht Christine Goll, Präsidentin des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD). «Die SVP soll zuerst mal den Test in ihrer Partei-



Gefängniszelle: «Bei 16 Grad würden die Insassen ständig den Alarmknopf drücken.» Foto: Key

zentrale machen», spottet sie. «Mal schauen, wie arbeitsfähig sie dann noch ist.»

Laut dem Bundesamt für Energie (BFE) kann pro Grad sechs Prozent Energie gespart werden. Trotzdem findet Sprecherin Marianne Zünd die Idee «mensenunwürdig». Verwaltungen würden sich bereits schweizweit

Klimaschutz-Aktion

«Lichter löschen für fünf Minuten», heisst es diesen Samstagabend um 20 Uhr. An dieser Klimaschutz-Aktion nehmen auch die Städte Basel, Bern und Zürich teil.

an die empfohlene Temperatur von 20 Grad halten.

Anklang findet die Idee hingegen beim Zürcher Stadtarzt Albert Wettstein. «Heute sind viele Arbeitnehmer auch im Winter sommerlich gekleidet, weil sie im Büro sonst schwitzen müssen», sagt Wettstein. «Das ist doch total unsinnig.»